



Die Spitze der „Bürgerinitiative zum Erhalt unserer Moore“ – hier mit Ortsvorsteher Johann Steffens (rechts) – kurz nach ihrer Gründung im vergangenen Jahr. Auch wenn die neue Landesregierung bis 2014 den Ausstieg aus dem Torfabbau plant, erteilte der Landwirtschaftsminister Christian Meyer dem Wunsch von Landkreis, Gemeinde und Bürgerinitiative nach einem Moratorium jetzt aus rechtlichen Gründen eine Absage. Archivfoto: Schmidt

Land will Moore schützen

Doch dem Wunsch von BI, Gemeinde und Kreis nach einem Moratorium wird eine Absage erteilt

VON THOMAS SCHMIDT

GNARRENBURG. Gestern war ein aufregender Tag für die Moorschützer in der Region: Die rot-grüne Landesregierung will alle Torfabbaugebiete aus dem Landesraumordnungsprogramm (LROP) streichen. Aus Gründen des Klima- und Naturschutzes soll künftig gänzlich auf Vorranggebiete für den Torfabbau verzichtet werden. Doch ziemlich viel Wasser in den Wein gibt es auch für die Moorschützer in Gnarrenburg: Das Land erteilt dem Wunsch des Landkreises, der Gemeinde und der „Bürgerinitiative zum Erhalt unserer Moore“ nach einem sofortigen Moratorium für Torfabbau-Genehmigungsverfahren eine Absage...

„Ihr Vorschlag, ein Moratorium neuer Torfabbau-Genehmigungsverfahren beispielsweise durch befristete raumordnerische Untersagungen oder eine Aussetzung von rechtskräftigen Zielen der Raumordnung durchzusetzen, ist aufgrund der Bindung an geltendes Recht nicht möglich“, heißt es in einem Schreiben des neuen Landwirtschaftsministers Christian Meyer (Grüne) an Landrat

Hermann Luttmann. Gleichwohl sei gestern ein guter Tag für den Moorschutz gewesen, wie Bernd Wölbern, Vorsitzender der SPD/Grüne/WFB-Gruppe im Kreistag, im Gespräch mit der BZ betonte. „Wenngleich der Wunsch der SPD/Grüne/WFB/Mehrheitsgruppe nach einem Moratorium nicht realisiert werden kann, so freuen wir uns doch sehr, dass die Landesregierung unseren eingeschlagenen Weg mitgestalten will“, hieß es gestern in einer ersten Reaktion von Wölbern.

Für die „Bürgerinitiative zum Erhalt unserer Moore“ ist indes diese Mitteilung des Landwirtschaftsministeriums in Hannover eine gute Nachricht: „Das Änderungsverfahren des Landesordnungsprogrammes soll noch vor der Sommerpause eingeleitet wer-

» Die neue Landesregierung beabsichtigt, in einem neuen Landesraumordnungsprogramm alle Torfabbaugebiete aus dem LROP zu nehmen. «
MINISTER
CHRISTIAN MEYER

den und wird – vor dem Hintergrund über das übliche Maß hinausgehender Beteiligungen – voraussichtlich 2014 abgeschlossen sein.“ „Die rot-grüne Landesregierung bewertet den Schutz und Erhalt der Moore anders als die Vorgängerregierung. Wir wollen Ersatzstoffe für Torf im Gartenbau fördern und den Torfabbau sowie eine intensive Landwirtschaft auf diesen sensiblen Böden zurückfahren. Die geplante Änderung des LROP wird von meinem Haus unverzüglich aufgenommen“, teilte Landwirtschaftsminister Christian Meyer mit und Umweltminister Stefan Wenzel ergänzte: „Der Verlust unserer Moore ist ein echter Klimakiller. Allein zwölf Prozent der jährlichen Treibhausgasemissionen in Niedersachsen entstammen der Nutzung der Moore. Wir wollen daher die letzten verbliebenen Moore nicht nur für den Naturschutz, sondern auch als aktiven Beitrag zum Klimaschutz erhalten.“

Die Änderung des LROP sei ein erster Schritt der Landesregierung zum Schutz der Moore, teil-

te das Landwirtschaftsministerium mit. Die Landesregierung beabsichtigt weiter, die Moore als natürliche Kohlendioxid-Speicher zu definieren und auf diesem Weg den weiteren Torfabbau zu beenden.

Klima- und Bodenschutz

Die Grundlage für den Moorschutz in Niedersachsen soll laut Minister Meyer eine aktuelle Bestandsanalyse der Hoch- und Niedermoore bilden. Ziel sei es, Böden mit hohen Kohlenstoffgehalten wieder in einen naturnahen Zustand zu versetzen. So soll ihre Klima- und Bodenschutzfunktion zurückgewonnen werden. Mittel- bis langfristig möchte die Landesregierung ein Moorschutzsystem „Norddeutsche Moorlandschaft“ schaffen. Hierfür sollen die Flächen zusammengestellt sowie Schutzziele und Nutzungen im kooperativen Dialog mit der Bevölkerung, den Landwirten und den Verbänden festgelegt werden. Bis zum Ende des Jahres sollen die ersten Schritte zur neuen Schutzgebietskulisse gemacht sein.